

Robert Habeck plädiert für eine stärkere Rolle der Kommunen

OEVERSEE Am Ende seines Vortrages gab es für Robert Habeck von 82 Beamten lauten und anhaltenden Applaus. Der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume war gestern in die Akademie Sankelmark gekommen, um dort vor dem Fachverband der Hauptverwaltungsbeamten über Chancen, Perspektiven und Grenzen für die ländlichen Regionen zu sprechen.

Bereits seit 30 Jahren treffen sich die Verbandsmitglieder aus ganz Schleswig-Holstein einmal im Jahr in Sankelmark, um während einer dreitägigen Tagung über gemeinsame Probleme zu sprechen und sich weiterzubilden. „Es geht immer um Themen, die uns alle



Minister Robert Habeck (Mitte) folgte der Einladung von Dieter Staschewski (links) und Jörg Hauenstein und nahm an der Tagung des Fachverbands der Hauptverwaltungsbeamten teil.

BHG

bewegen“, erklärt Dieter Staschewski, Amtsdirektor in Nortorf und Landesvorsitzender. Mitglied werde man als Leitender Verwaltungsbeamter oder auch Amtsdirektor ganz automatisch. „Zu Themen, die im Gemeindefesttag besprochen werden, geben wir eine Stellungnahme ab“, erklärt Jörg Hauenstein, Leitender Verwaltungsbeamter in Schafflund. Diese habe zwar keinen bindenden Charakter, aber „so können wir aus der Sicht der Praktiker zeigen, welche Themen in den Kommunen wichtig sind“, sagt Hauenstein. Im Moment seien das unter anderem Themen wie Schulen, Kindertagesstätten, ländliche Wege und die ärztliche Versorgung vor Ort.

Auch Minister Robert Habeck treiben diese Themen um. Der ländliche Raum müsse sich heutzutage vielen Herausforderungen stellen: „Dazu gehören neben der Integration der Flüchtlinge auch der demografische Wandel und die voranschreitende Digitalisierung“, sagt er. Seiner Meinung nach müsse sich auch die Rolle der Kommunen ändern. „Es nützt nichts, nur bis zur Gemeindegrenze zu denken, vor Ort muss vernetzter gearbeitet werden.“ Dabei denkt Habeck nicht nur an den Bau gemeinsamer Gewerbegebiete, auch bei der Verbesserung der Mobilität favorisiert er Angebote, die Kreis- und Amtsgrenzen überwinden. „Es gilt, flexiblere Lösungen zu finden.

Dabei könnten Kommunen auch zu Dienstleistern werden“, regt er an.

Schon jetzt sei dies der Fall, wenn es zur Gründung eines Breitbandzweckverbands kommt oder die Gemeinde die Trägerschaft für einen Marktreff übernimmt. „Dann werden Sie plötzlich zu Gestaltern und sind nicht nur eine Instanz, die Recht durchsetzt und kontrolliert.“

Wie so eine stärkere Rolle genau legitimiert werden soll, da ist sich der Minister selbst noch unsicher. „Sie sehen, ich komme mit mehr Fragen hierher als Antworten, aber ich lasse mich in die Pflicht nehmen“, verspricht er und erntete damit den lang anhaltenden Applaus der Beamten.

bhg